Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 2 (1982)
Heft: 4

Artikel: Ökonomische Probleme der Selbstverwaltung
Autor: Nutzinger, Hans G.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652521

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Hans G. Nutzinger

Ökonomische Probleme der Selbstverwaltung

Bemerkungen zu:
Alex Böckli/Heinz Kleger: Selbstverwaltung durchsetzen: Überlegungen zu ökonomischen und gesellschaftlichen Funktionen der Selbstverwaltung. In: Profil Nr. 6/82

Um den Leser mit der zentralen Argumentation des Artikels von Alex Böckli und Heinz Kleger vertraut zu machen, fasse ich zunächst ihre Grundgedanken in einigen Thesen fest, bevor ich dazu einige Anmerkungen mache.

1. „Die unternehmensinterne Organisation des Entscheidungsprozesses, d.h. die Umsetzung der individuellen Zielvorstellungen der Mitarbeiter in eine einheitliche, konsistente Unternehmenspolitik, setzt Kompromißfindungen im Rahmen eines demokratischen Unternehmensstatuts voraus. Die Entwicklung eines solchen Statuts wird *Sache eines historischen Lernprozesses sein,* dessen Resultat hier nicht vorweggenommen werden kann" (S.7).

2. Die Frage der Abstimmung zwischen den Entscheidungen einzelner selbstverwalteter Betriebe wird durch eine relativ ausführliche Diskussion von Lenkungsmechanismen anhand der Dichotomie „Markt und Plan" vorbereitet. Beide idealtypischen Kombinationsmechanismen werden aus den bekannten Gründen für wenig effizient und der Selbstverwaltung abträglich gehalten, und die Autoren plädieren daher für eine marktwirtschaftliche Konzeption im Rahmen einer *Rahmenplanung,* die „ . . . nicht eine dominierende, sondern lediglich eine ergänzende und korrigierende Funktion im Koordinationsprozeß (besitzt). Sie beeinflußt die ökonomischen Prozesse grundsätzlich nur auf indirekte Weise, indem nicht der Prozeß selbst, sondern lediglich die Restriktionen, unter denen dieser abläuft, gesteuert werden . . . Voraussetzung für die Möglichkeit einer demokratischen Beurteilung der Planungsziele und -mittel ist ihre Durchschaubarkeit und Einfachheit und damit der *Rahmen*charakter der Planung" (S.8).

3. Nach Meinung der Autoren hängt die Durchsetzbarkeit der Selbstverwaltungs-Wirtschaft vor allem davon ab, „ob sie in der Lage ist, die folgenden sozialökonomischen Ziele gleichzeitig in hohem Maße zu erreichen:
   – Vollbeschäftigung
   – Effizienz der Güterproduktion
   – Geldwertstabilität
   – Ökologisches Gleichgewicht
   – Gerechte Verteilung
   – Humanisierung der Arbeitswelt" (S.8).

Da in der herkömmlichen Kritik der Selbstverwaltungswirtschaft vor allem die Erreichung der vier erstgenannten Ziele bestritten wird, konzentrieren sich die Autoren auf diese vier Problembereiche.

4. Die Autoren betrachten es als „ . . . eine triviale Gewißheit, daß eine . . . Wachstumswirtschaft nach einer gewissen Zeit an *objektive Wachstumsgrenzen* stoßen muß, welche weiteres Wachstum schließlich verunmöglichen. Solche Wachstumsgrenzen können unerträgliche Umweltbelastung, Knappheit an Rohstoffen oder schlicht und einfach physische Grenzen der Möglichkeit des Güterverbrauchs sein . . . Das Problem der objektiven Wachstumsschranken kann zwar durch technischen Fortschritt und strukturelle Anpassung des Güterverbrauchs (Substitution materieller Güter durch immaterielle Dienstleistungen), d.h. einen Übergang zum vielzitierten 'qualitativen' Wachstum entschärft, aber nur dann grundsätzlich aufgehoben werden, wenn sich die Wachstumsrate der materiellen Güterproduktion bzw. des Verbrauchs dem Wert 0 nähert . . ." (S.9). Dieser Übergangsprozeß ist nach Meinung von Böckli und Kleger von einer kapitalistischen Marktwirtschaft nicht zu lösen, sondern nach ihrer Analyse kommt es zu „großen zyklischen Fluktuationen von Realeinkommen und Beschäftigung – alles unter enormen sozialen Kosten" (ebd.), die insbesondere darin bestehen sollen, daß die Betriebe einen wachsenden Teil der Arbeitskräfte entlassen und die Produktivität des beschäftigten Teils erhöhen und damit die Kosten der Arbeitslosigkeit auf die Allgemeinheit abwälzen. Demgegenüber geht nach Meinung der Autoren „ . . . in einer selbstverwalteten Unternehmung . . . die *Vollbeschäftigung der Mitarbeiter direkt in die Zielfunktion des unternehmerischen Entscheidungsprozesses ein*, und zwar aufgrund der demokratischen Entscheidungsstrukturen im Betrieb. Richtig sehen die Autoren, daß die annahmegemäß bewirkte „Internalisierung der Entlassungskosten . . . auf der anderen Seite den Nachteil (hat), daß neue Arbeitskräfte nur zögernd eingestellt werden, da ja die Unternehmensleitung weiß, daß Entlassungen nur unter hohen Kosten möglich sind. Ohne korrigierende Maßnahmen dürfte eine Selbstverwaltungs-Wirtschaft daher in einer wachsenden Bevölkerung Schwierigkeiten mit der Eingliederung der nachwachsenden Arbeitskräftegeneration haben und insgesamt eine relativ starre Beschäftigungsstruktur aufweisen" (S.10). Richtig sehen Böckli und Kleger die damit verbundene Gefahr einer Inflexibilität des gesamten Produktionsapparates und des Verlusts von Exportanteilen auf dem Weltmarkt infolge zu geringer Innovationstätigkeit.

5. Die Autoren anerkennen die Notwendigkeit, daß ein Land wie die Schweiz mit geringen eigenen Energie- und Rohstoffreserven auf Importe – und zu deren Finanzierung auf entsprechende Exporte – angewiesen ist: „Insofern ist das Effizienzziel und das Vollbeschäftigungsziel interdependent" (S.10). Sie halten aber entgegen: *„Die Abhängigkeit des inländi-*

schen Wohlstandes von der Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten ist jedoch keine feste, ein für allemal feststehende Größe" (ebd.), da durch Senkung des Energie- und Rohstoffverbrauchs, Diversifikation der Import- und Exportgebiete sowie Substitution importierter Luxusgüter durch inländische Produkte diese Interdependenz verringert werden könnte. Eine Erhöhung der Flexibilität der Beschäftigungsstruktur in einer Selbstverwaltungs-Wirtschaft sehen die Autoren durch Einsatz geeigneter Steuerungsinstrumente, wie Veränderung der Vorschriften über die Reinvestition von Unternehmensgewinnen, steuerliche Begünstigung arbeitsplatzschaffender Investitionen, günstige Kredite für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und neuer Unternehmen und eine aktive Wettbewerbspolitik, als erreichbar an.

6. Flexibilität und Effizienz der Produktionsstruktur soll auch durch den Lohnbildungsmechanismus und die Art der Gewinnverwendung bzw. Verlustfinanzierung gewährleistet werden. Als institutionelle Regelungen sind vorgesehen:
   - „In einem überbetrieblichen Verhandlungsprozeß zwischen Staat, Gewerkschaften, Konsumentenverbänden und anderen Interessenorganisationen werden tarifliche Mindestlöhne ausgehandelt, die in keiner Unternehmung unterschritten werden dürfen. Der Reingewinn der Unternehmungen berechnet sich auf der Basis dieser Mindestlöhne.
   - Der unternehmerische Reingewinn unterliegt einer Gewinnsteuer (, die) . . . nach gesamtwirtschaftlichen Zielgesichtspunkten differenziert werden (kann)" (ebd.). Die Verteilung des restlichen Reingewinns soll in das Ermessen eines jeden Unternehmers gestellt werden, wobei Vorschriften über die Mindestquote der Realinvestition in neue Arbeitsplätze bei schlechter Beschäftigungslage möglich sein soll.
   - „Unternehmensverluste müssen grundsätzlich durch die Unternehmungen selbst getragen werden" (S. 11). Soweit für die Finanzierung auftretender Verluste keine Reserven oder Kredite mehr zur Verfügung stehen, leistet der Staat im Rahmen eines Sanierungsverfahrens Finanzierungshilfe. Im Falle einer unvermeidlichen Liquidierung sollen im Rahmen eines Sozialplanes neue Arbeitsplätze für die betroffenen Arbeitskräfte gesucht werden.

   Richtig betonen die Autoren, dass der Bestimmung der Mindestlöhne in diesem Modell eine strategische Bedeutung zukommt.

7. Ökologisches Gleichgewicht im Sinne eines sparsameren und schonenderen Umgangs mit natürlichen Ressourcen und der dazu notwendige *„Übergang zu einer arbeitsintensiveren und gleichwohl umweltschonenderen Produktionsweise wird nur zu erreichen sein, wenn die Nutzung der Umwelt einen entsprechend hohen Preis hat"* (S. 11). Die erforderliche Preiserhöhung bei natürlichen Ressourcen soll aber nicht den reinen „Marktkräften" überlassen werden, da diese erst in der „letzten Phase der Aus-

plünderung" (S. 12), also zu spät und mit zu hohen sozialen Konfliktkosten erfolge und da den Eigentümern solcher Ressourcen keine privaten Knappheitsrenten zufallen sollen. Vielmehr soll durch eine bewusste staatliche Interventionspolitik ein langfristiges, stetiges Steigen der Preise von Umweltgütern (und damit entsprechende langfristige Planungen der Unternehmen) ermöglicht werden und ausserdem die anfallenden Knappheitsrenten zur Förderung alternativer Technologien eingesetzt werden. Die Autoren glauben, dass eine Selbstverwaltungs-Wirtschaft besser als eine kapitalistische in der Lage ist, mit der ökologischen Krise fertig zu werden, da die mit dem Übergang zum Nullwachstum unterstellte Senkung der allgemeinen Profitrate auf Null „in einer Selbstverwaltungs-Wirtschaft im Gegensatz zu einer kapitalistischen Wirtschaft ohne weiteres denkbar sei" (S. 11), und zwar deswegen, weil sie einen höheren Anreiz zur Einsparung von Rohstoffen, Energie und Boden aufweise und eine teilweise Internalisierung der Kosten von Umweltschäden sowie eine Internalisierung des Ziels „Verkürzung der Arbeitszeit" in die unternehmerische Zielfunktion mit sich bringe.

8. Die Autoren kritisieren sowohl die „keynesianisch-technokratische Vision eines durch Globalsteuerung der Gesamtnachfrage krisenfrei modernen Kapitalismus" als auch, trotz eines darin enthaltenen Körnchens Wahrheit, auch die monetaristische Position einer auf langfristiger Geldmengensteuerung beruhenden Wirtschaftspolitik. Auch hier erwarten die Verfasser eine grössere Leistungsfähigkeit der selbstverwalteten Wirtschaft.

Ich nehme nun kurz zu den einzelnen Thesen Stellung, möchte aber vorausschicken, dass ich mit der grundsätzlichen Konzeption von Alex Böckli und Heinz Kleger weitgehend übereinstimme.

Zu These 1:

Es ist richtig, dass die Entwicklung eines demokratischen Unternehmensstatuts Sache eines historischen Lernprozesses sein muss, dessen Resultat hier nicht vorweggenommen werden kann. Aus dieser richtigen Feststellung dürfen aber nicht (wie dies in der Vergangenheit häufig geschehen ist) falsche Schlussfolgerungen gezogen werden, insbesondere nicht im Hinblick darauf, als ob es nicht schon heute notwendig sei, sich Gedanken über eine künftige wirtschaftsdemokratische Wirtschaft zu machen. Die historische Erfahrung lehrt, dass die blosse Umgestaltung der Macht- und Eigentumsverhältnisse keineswegs jene wohltätigen Wirkungen zeitigt, die naive Sozialisten damit verbinden. Im übrigen machen sich auch die Verfasser selbst Gedanken über dieses Unternehmensstatut, wie sich indirekt aus ihren Empfehlungen in den folgenden Teilen des Aufsatzes ergibt.

Zu These 2:

Grundsätzlich befürworte ich auch eine Kombination von marktmässiger Abstimmung mit demokratischer Rahmenplanung für eine Selbstverwaltungs-Wirtschaft. Da aber, wie die Autoren selbst betonen, die Übergänge von der Rahmen- zur Ablaufsplanung „offensichtlich fliessend" (S. 8) sind, besteht grosse Gefahr, dass sich aufgrund der Eigendynamik einer Planungsbürokratie leicht aus der Rahmenplanung eine immer stärker intervenierende Ablaufsplanung ergibt, die nicht nur wegen der auch von den Autoren betonten Ineffizienz problematisch ist, sondern auch deswegen, weil sie die Entscheidungsfreiheit der im Betrieb Beschäftigten zunehmend illusorisch macht. Demokratie im Unternehmen ist mit – auch demokratisch legitimierter – zentraler Ablaufplanung in einem inhaltlichen Sinne nicht vereinbar. Der Grundgedanke marktwirtschaftlicher Arbeiterselbstverwaltung sollte darin bestehen, soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten, die insbesondere in den westlichen Industrieländern immer wieder korrigierende Eingriffe des Staates notwendig machen, möglichst an ihrer Wurzel – im Produktionsprozess – anzugehen und damit die Notwendigkeit zu staatlichen Interventionen und gesamtgesellschaftlicher Planung zu verringern, anstatt sie – über bürokratische Verselbständigungsprozesse – zu vergrössern. Soweit dies nicht gelingt, muss natürlich über einen funktionsfähigen politischen Prozess und die unmittelbare Beteiligung der Betroffenen auf den verschiedenen Ebenen darauf hingewirkt werden, dass sich nicht staatliche Instanzen und Planungsprozeduren gegenüber der Bevölkerung verselbständigen. Grundgedanke sollte sein: „So viel Markt wie möglich, so viel Planung wie nötig!"

Zu These 3:

Mit den von den Autoren genannten sozialökonomischen Zielen (Vollbeschäftigung, Effizienz der Güterproduktion, Geldwertstabilität, ökologisches Gleichgewicht, gerechte Verteilung und Humanisierung der Arbeitswelt) stimme ich voll überein. Über diese ökonomische Dimension hinaus sollte jedoch eine Selbstverwaltungswirtschaft darauf hinwirken, in allen gesellschaftlichen Bereichen (also auch im Staat, in Verbänden, Vereinen, Familien usw.) die Selbstbestimmungsmöglichkeiten des einzelnen in ihrem sozialen Bezug zu erhöhen und die kreativen Potentiale des Individuums zu fördern. Partizipation sollte also als umfassendes Lebensprinzip verstanden werden, dessen Konkretisierung natürlich in den einzelnen Lebensbereichen je nach deren Besonderheit unterschiedlich sein wird.

Zu These 4:

Ich stimme der Analyse von Alex Böckli und Heinz Kleger über die verhängnisvolle Wachstumsdynamik kapitalistischer Marktwirtschaften zu wie auch ihrer Darstellung der Probleme, die sich beim Erreichen objektiver Wachstumsgrenzen ergeben. Die Frage allerdings, ob in einer selbstverwalteten Unternehmung wirklich die Vollbeschäftigung der Mitglieder direkt in die Zielfunktion

des unternehmerischen Entscheidungsprozesses eingeht, lässt sich nicht abstrakt, sondern nur empirisch beantworten; durchaus sind Konflikte zwischen den Beschäftigungsinteressen der bereits im Betrieb befindlichen Arbeiter und solchen Arbeitern denkbar, die noch keinen Arbeitsplatz haben. Die auch von Böckli und Kleger genannte Rolle einer aktiven Wettbewerbspolitik zugunsten von Schaffung von Arbeitsplätzen und Neugründung von Betrieben ist deswegen stark zu betonen.

Zu ergänzen ist die Analyse der Autoren über die Schwierigkeit von Neueinstellungen und den Widerstand gegen Entlassungen noch durch die Eigentumsproblematik einer selbstverwalteten Unternehmung, die sich, vereinfacht gesprochen, daraus ergibt, dass die im Betrieb befindlichen Mitglieder durch die Reinvestition von Teilen des Unternehmesüberschusses (und entsprechende Lohnverzichte) zum betrieblichen Wachstums- und Innovationsprozess beitragen und daher die (z.B. in der Genossenschaftsbewegung auch historisch belegte) Gefahr besteht, dass sie nicht bereit sind, daraus erzielbare Einkommenszuwächse in späteren Perioden mit neueintretenden Unternehmensmitgliedern zu teilen, die nicht durch frühere Lohnverzichte zur Kapitalausstattung der Unternehmung beigetragen haben. Aus dem selben Grunde wird sich ein starker Widerstand gegen Entlassungen ergeben, da diese für die betroffenen Arbeitnehmer mit einem entschädigungslosen Verzicht auf die im Betrieb verbleibenden Anteile reinvestierter Überschüsse verbunden sind. Grundsätzlich ist diese Problematik nur zu lösen, wenn in irgendeiner Form die Transferierbarkeit solcher Ansprüche beim Verlassen des Betriebes gewährleistet ist. Vereinfacht gesagt: An die Stelle des Kaufs und Verkaufs der Ware *Arbeitskraft* muss in einer marktwirtschaftlichen Selbstverwaltung in irgendeiner Form der Kauf und Verkauf des *Arbeitsplatzes* treten. Dies braucht keinen unmittelbaren Handel mit Arbeitsplätzen zu implizieren, sondern institutionelle Möglichkeiten der Kompensation der Beschäftigten für frühere Lohnverzichte, die über Investitionen zum späteren Unternehmenserfolg beigetragen haben.

Zu These 5:

Für Länder wie die Schweiz, Österreich oder die Bundesrepublik Deutschland mit einem hohen Grad von aussenwirtschaftlicher Verflechtung ist in der Tat die Abhängigkeit von Weltmarktbedingungen nicht zu unterschätzen. Ich stimme mit den Autoren damit überein, dass die Abhängigkeit des inländischen Wohlstandes von der Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten keine feste Grösse ist, möchte aber zu Bedenken geben, dass eine Verringerung dieser Abhängigkeit nur sehr langfristig zu erreichen ist und dass die angegebenen Steuerungsinstrumente (Vorschriften über die Reinvestition von Unternehmensgewinnen, steuerliche Begünstigung arbeitsplatzschaffender Investitionen, günstige Kredite für die Schaffung neuer Arbeitsplätze und neuer Unternehmen) keineswegs unproblematisch sind. Überdies ist darauf hinzuweisen, dass in einer Situation des Ungleichgewichts eine Tendenz selbstverwalteter Unternehmen besteht, ihr Pro-Kopf-Einkommen dadurch zu erhöhen, dass man ge-

rade arbeitsplatzsparende Investitionen tätigt, die für eine langfristig abnehmende Zahl von Beschäftigten das Einkommen je Arbeitnehmer erhöhen. Hier ist ein strukturelles Problem selbstverwalteter Unternehmen zu sehen, dem nur durch eine entschlossene Wettbewerbspolitik, kombiniert mit entsprechender Rahmenplanung, begegnet werden kann.

Zu These 6:

Die Festlegung der „richtigen" Mindestlöhne dürfte in der Praxis recht schwierig sein, da zu geringe Mindestlöhne wenig Leistungsanreize für die Unternehmen bieten, zu hohe Mindestlöhne jedoch die Gefahr übermässig zahlreicher Betriebsliquidationen heraufbeschwören. Auf der anderen Seite kann von demokratischen Entscheidungsprozeduren erwartet werden, dass sie eher als hierarchische (kapitalistische oder staatssozialistische) Entscheidungsstrukturen Kreativität und Innovationsfreudigkeit der Beschäftigten anregen.

Zu These 7:

Die Bedeutung des ökologischen Gleichgewichts und das Unvermögen der traditionellen kapitalistischen und staatssozialistischen Wirtschaften, dieses zu erreichen, kann ich nur unterstreichen. Inwieweit die selbstverwaltete Wirtschaft einen höheren Anreiz zum Sparen von Rohstoffen, Energie und Boden sowie zur Internalisierung von externen Effekten und von Arbeitszeitverkürzung in die unternehmerische Zielfunktion bietet, lässt sich nicht sehr leicht von vornherein bestimmen. Für eine bessere Einbeziehung ökologischer Probleme spricht der Umstand, dass bei demokratischen Entscheidungsstrukturen die häufig durch die Arbeits- und Lebensumwelt unmittelbar Betroffenen mit zu entscheiden haben (während Manager sich leichter den ökologischen Konsequenzen ihres Handelns, z.B. durch Wahl geeigneter Wohnorte, entziehen können). Hier wird eine stärkere Berücksichtigung arbeits- und umweltökologischer Effekte unternehmerischer Entscheidungen zu erwarten sein. Auf der anderen Seite darf nicht die Gefahr übersehen werden, dass es bei Partizipation auch zu kooperativem Verhalten von Staat, Unternehmensleitung und Beschäftigten zu Lasten der Allgemeinheit kommen kann: Die Beschäftigten könnten versucht sein, im Interesse möglichst hoher betrieblicher Überschüsse einen Teil der Umweltkosten auf die Allgemeinheit zu überwälzen.
Ich sehe im übrigen nicht, warum der Realzins in einer Wirtschaft qualitativen Wachstums mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von Null gleich Null sein soll: Auch in einer solchen Wirtschaft sind die verschiedenen Kapitalgüter im allgemeinen knapp, und deren Nutzung erfordert einen Preis. Oder ist mit Profitrate an dieser Stelle nur der Überschuss des Unternehmensgewinns über eine marktübliche Verzinsung, bezogen auf das eingesetzte Kapital, gemeint?

Zu These 8:

Dass es in einer kapitalistischen Marktwirtschaft kein – keynesianisches oder

monetaristisches – Patentrezept zur Sicherung der Geldwertstabilität gibt, sollte auch aufgrund der historischen und aktuellen Erfahrungen unbestritten sein. Deutlicher zu zeigen wäre allerdings, warum eine Selbstverwaltungs-Wirtschaft das Ziel der Geldwertstabilität eher erreicht. Die Erfahrungen in Jugoslawien, das zumindest den theoretischen Anspruch auf eine Selbstverwaltungs-Wirtschaft erhebt, legen die Gefahr nahe, dass durch eine expansive Geldpolitik zur Vermeidung betrieblicher Illiquidität Unternehmen und Arbeitsplätze auch dann noch erhalten werden, wenn sie langfristig nicht mehr sinnvoll und finanzierbar sind, wobei man aber eine hohe Inflationsrate in Kauf nehmen muss. In diesem Konflikt zwischen dem Ziel der Geldwertstabilität und der Arbeitsplatzerhaltung ist es richtig, wenn die Autoren darauf hinweisen, „dass ein Mehr an Inflation die Arbeitslosigkeit höchstens kurzfristig senkt, auf die Dauer aber eine inflationäre Politik auch die Arbeitslosigkeit erhöht" (S. 12). Gleichwohl besteht hier ein deutliches Problem praktischer Politik für eine Selbstverwaltungs-Wirtschaft.

Wie bereits gesagt: Im Grundsatz stimme ich der Analyse von Alex Böckli und Heinz Kleger weitgehend zu. Meine kritischen Anmerkungen sind daher nicht als „Verriss" gemeint, sondern ein Hinweis auf mögliche Funktionsprobleme der auch von mir für wünschenswert gehaltenen Selbstverwaltungs-Wirtschaft, die man auch deswegen schon heute bedenken muss, weil über die Realisierung dieser Selbstverwaltungswirtschaft nicht ihre Wünschbarkeit, sondern vor allem ihre Funktionsfähigkeit entscheidet. Diese Funktionsfähigkeit scheint mir aber bei Beachtung der kritischen Punkte und entsprechenden institutionellen und ordnungspolitischen Lösungen durchaus realisierbar. Auch die von den Autoren bewusst ausgesparten Probleme der Demokratisierung auf Betriebsebene, der informellen Hierarchien und Formen von Unterdrückung in kleinen Gruppen etc. halte ich gleichfalls für wichtig und der Diskussion bedürftig, aber grundsätzlich ebenfalls für lösbar. Wichtig ist allerdings dabei, sich klarzumachen, dass auch im selbstverwalteten Betrieb das Prinzip fachlicher Kompetenz und einer darauf aufbauenden funktionalen Hierarchie beachtet werden muss, da das Unternehmen nur im Bereich politischer Grundsatzentscheidungen über Art und Richtung der Produktion, der Verwendung und der Verteilung des Unternehmenseinkommens u.ä. als demokratische Einheit gesehen werden kann. Die Entwicklung einer adäquaten Theorie der partizipativen und selbstverwalteten Unternehmung ist daher ein wichtiges Desiderat weiterer theoretischer Arbeit, die durch die Auswertung empirischer Erfahrungen (z.B. aus den Selbstverwaltungs-Unternehmen in Mondragon) unterstützt werden kann und sollte.

Bibliographischer Hinweis

Hans G. Nutzinger: Forschungsstand der theoretischen Bemühungen um die Selbstverwaltung. In: Selbstverwaltung und Arbeiterbewegung. Jahrbuch Arbeiterbewegung; Geschichte und Theorie. Hrsg. von H. - G. Haupt u.a. Europäische Verlagsanstalt, 1982